



Abs.: c/o Kovar & Köppl, Dorotheergasse 7/7, 1010 Wien, Österreich  
Frau Präsidentin  
Mag. Barbara Prammer  
Büro der Ersten Präsidentin des  
Nationalrats  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1014 Wien

Wien, am 17. Juni 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Als Beratungsunternehmen im Bereich Interessensvertretung und Lobbying sind die Mitglieder der Plattform ALPAC vom geplanten Lobbying-Transparenzgesetz in besonders hohem Maße betroffen. Wir wenden uns deshalb an Sie mit dem Ersuchen, sich für eine umfassende und faire Diskussion der für Österreich neuartigen Materie einzusetzen und dabei die Sichtweise der Praxis einzubeziehen.

Ausdrücklich wollen wir darauf verweisen, dass die Idee eines Lobbying-Registers von ALPAC – und damit von den führenden Lobbying-Unternehmen Österreichs – befürwortet wird. Mehr noch: Aus dem Kreis von ALPAC wurde bereits vor zwei Jahren der Vorschlag für ein solches Register in detaillierter Form den im Parlament vertretenen Parteien vorgestellt. Der jetzt diskutierte (wenngleich noch nicht offiziell vorgelegte) Entwurf des Bundesministeriums für Justiz geht jedoch über die Offenlegung der handelnden Akteure weit hinaus und schafft damit große Nachteile für die Arbeit von Beratungsunternehmen wie auch für die Interessenvertretung von Unternehmen und Verbänden, ohne dass damit ein nennenswerter Gewinn an Transparenz verbunden wäre.

Die derzeitige öffentliche Diskussion belegt, dass in Österreich kein Konsens darüber besteht, was eine gute Interessensvertretung ausmacht. **Wir glauben, dass der Wert der gegenständlichen Gesetzgebung auch und gerade in einem breiten Diskurs über das Wesen und den Nutzen von Interessensvertretung liegen könnte.** Als laufend mit Interessensvertretung befasste Unternehmen stehen wir gern für einen solchen Diskurs zur Verfügung. Darüber hinaus werden wir uns nach einer Beschlussfassung gern für die unerlässliche Aufklärungsarbeit zur sachgerechten Umsetzung der neuen Regelung engagieren.

**Wir glauben, dass die unterschiedlichen Aspekte und Interessen am besten im Rahmen einer parlamentarischen Enquete erörtert werden können und ersuchen Sie auf diesem Weg, einen Beschluss für eine solche Enquete zu unterstützen.**

Mit freundlichen Grüßen

Walter Osztovcics im Auftrag von ALPAC  
Dr. Karl Jurka, Andreas Kovar, Dr. Peter Köppl, Mag. Karl Krammer, Feri Thierry,